

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AV/111-212

Bonn, den 7. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Querverbindungen

45

Die public-relations des Herrn Klein

2

Krach mit Lockheed

47

Eine unmögliche Regierungspraxis

Von Werner Buchstaller, MdB

3

Sie starben für Recht und Freiheit

46

Die SPD in Bayern ehrt ihre Widerstandskämpfer

4

Gute Freunde in Japan

53

Ein Interview mit Bürgermeister Heinrich Albertz

5 - 6

Ungewissheit

104

Italien nach dem Parteitag der Sozialisten

Von unserem Korrespondenten in Rom: Franca Magnani

Chefredakteur Günter Markscheffel

Querverbindungen

Die public-relations des Herrn Klein

sp - Gerade zur rechten Zeit beschäftigt sich der Aussenpolitische Ausschuss des amerikanischen Senats mit der schon mehrfach in der Bundesrepublik beanstandeten Werbetätigkeit des ehemaligen US-Generals Klein. General a.D. Klein hat unter anderem auch ein Büro in Frankfurt am Main und bot von dort aus zeitweise deutschen Politikern und Geschäftsleuten, besonders aber der Bundesregierung, seine guten Dienste für kommerzielle oder politische Stimmungsmache in den Vereinigten Staaten an.

Ursprünglich war die Sache ganz harmlos; man wollte lediglich den amerikanischen Touristenverkehr für das Bundesland Hessen etwas aufmöbeln. Dann entdeckte General a.D. Klein seine politischen Fähigkeiten, fand in dem ehemaligen Aussenminister und jetzigen Fraktionsvorsitzenden der CDU, Heinrich von Brentano, einen eifrigen Förderer, der ihm auch die Wege zum Bundeskanzleramt öffnete. Man erfährt jetzt in Washington zum Beispiel, Herr Klein habe Sympathie-Telegramme zugunsten des früheren Aussenministers organisiert, um von Amerika aus auf deutsche Politiker und die deutsche Öffentlichkeit Einfluß auszuüben, als Heinrich von Brentano seinem Parteifreund Gerhard Schröder im Auswärtigen Amt Platz machen mußte.

Den Amerikanern wäre diese Sache ziemlich gleichgültig; auch das Eingeständnis des Generals a.D. Klein, daß er prominenten deutschen Politikern und Geschäftsleuten in Washington und New York Partys vorbereitet hatte, um kontaktarmen Amerikareisenden interessante Gesprächspartner zu besorgen, würde sie wohl kalt lassen. Was sie jedoch in Earnisch gebracht hat, ist die Vermutung, Herr Klein habe mit Hilfe deutscher Politiker in der Bundesrepublik Stimmung gegen Kennedy und für Nixon machen wollen. Die Sache ist nämlich deswegen peinlich, weil vermutet wird, daß Herr Klein von der Bundesregierung über eine Million harte DM kassieren konnte (offenbar aus dem Reptilienfonds des früheren Bundeskanzlers), um diese Art von public-relation-Arbeit so wirkungsvoll wie nur möglich zugunsten der Kennedy-Gegner zu gestalten.

Neuerdings erzählt man sich in Washington und Bonn, die Beziehungen des Herrn Klein seien so gut, daß von ihm vorgeschlagene amerikanische Kennedy-Gegner auf Kosten der Bundesregierung zu Besuch in die Bundesrepublik eingeladen werden, um hier mit mehr oder weniger geschickten Andeutungen die Politik des amerikanischen Präsidenten zu kritisieren.

Wenn sich schon ein amerikanischer Parlamentsausschuss darum bemüht, Klarheit über die Tätigkeit des General a.D. Klein zu erhalten, könnte es vielleicht angebracht sein, ein solches Bemühen auch auf den deutschen Sektor zu erweitern. Vielleicht würde man bei dieser Gelegenheit diesen oder jenen Hintergrund entdecken, vor dem in letzter Zeit anti-amerikanische Stimmungen in der Bundesrepublik "gemacht" werden ...

Krach mit Lockheed

Eine unmögliche Regierungspraxis

Von Werner Buchstaller, MdB

Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel hat Ärger mit den amerikanischen Lockheed-Flugzeugwerken. Die Lockheed-Manager und Lobbyisten hatten in robuster amerikanischer Geschäftsmannier versucht, sich beim Bundesverteidigungsministerium einen Auftrag zur Lieferung von 110 Kampfbomber-Transportern des Typs "Hercules-C 130 E" zu sichern. Es wäre falsch, wenn der Herr Verteidigungsminister der Öffentlichkeit glauben machen wollte, die Lockheed-Leute hätten für ihr Flugzeug nur "hemsärmelige" Lobbyisten-Methoden ins Feld zu führen gewußt. Vielmehr warteten sie mit Vergleichszahlen, technischen Details, logistischen Überlegungen, Flugeigenschaft und militärischen Nutzungsmöglichkeiten auf, die für den Minister und seine Beschaffungsexperten Anlaß hätten sein sollen, eine sehr eingehende Leistungs-Gegenüberstellung dieser Maschinen mit den inzwischen in Auftrag gegebenen "Transall C 160"-Transportern einer französisch-deutschen Gemeinschaftsproduktion durchführen zu lassen. Das uno mehr, da die "Transall" erst in zwei Exemplaren fertiggestellt ist und sich noch in der Flugerprobung befindet.

Statt dessen hat das Bundesverteidigungsministerium den Beschluß des Verteidigungsausschusses des Bundestags, ein Vergleichsfliegen der beiden Flugzeugtypen durchführen zu lassen, wieder zu Fall gebracht und zugleich über die Ausschussmitglieder der Regierungsparteien in nicht zu rechtfertigender Überstürzung das Transall-Projekt durchgesetzt. Kein Wunder, daß bei einer solchen Verfahrensform der Verdacht aufkommt, der französische Druck sei bei der Vergabe dieses Millionenprojekts zwar nicht so "hemsärmelig", aber zumindest nicht weniger massiv gewesen. Diese Vermutung ist auch deshalb naheliegend, weil immer noch eine französische Verärgerung aus der Geschichte der gemeinsamen Panzerentwicklung zu bereinigen ist. Dieser Druck aber wurde vom Verteidigungsminister mit keinem Wort erwähnt. Die Gründe, warum andererseits die Differenzen mit den Lockheedwerken von offizieller deutscher Seite so hochgespielt wurden, sind nicht bekannt. Hoffentlich sind sie von Überlegungen frei, die zu weiteren Belastungen des deutsch-amerikanischen Verhältnisses führen können.

Abgesehen von diesen Fragen hat der deutsche Bürger ein Recht darauf, zu wissen, daß von seinen Steuergeldern der Bundeswehr das zweckmäßigste und beste militärische Gerät für die Verteidigungsaufgaben zur Verfügung gestellt wird. Daß bei Wahrung dieser Vorrangigkeit politische Überlegungen und eigene wirtschaftliche Interessen nicht außer Betracht bleiben können, versteht sich von selbst. Dem zuständigen Ausschuß des Parlaments aber eine Entscheidung ohne politische Sachdarstellung und ohne technische Prüfungsunterlagen zuzumuten, ist eine nicht zu akzeptierende Regierungspraxis. Eine gleiche Unmöglichkeit ist die Erklärung des Bundesverteidigungsministers, die Lockheed-Werke erst nach Eingang einer Entschuldigung für Lobby-Vorfälle in Bonn wieder mit Bundesaufträgen zu bedenken. Welches militärische Gerät angeschafft wird, entscheidet immer noch der Verteidigungsausschuß und der Bundestag. Sollten die Lockheed-Werke in der Lage sein, unserer Luftwaffe die beste Ausrüstung zu liefern, dann muß eben dort gekauft werden, unabhängig davon, ob und in welchem Ausmaß der Herr Minister verärgert wurde.

Sie starben für Recht und Freiheit

Die SPD in Bayern ehrt ihre Widerstandskämpfer

H.E.W. - Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus wurde die sozialdemokratische Partei in Deutschland und auch in Bayern verboten. Jede Betätigung für sie wurde von der Gestapo aufs Schärfste verfolgt. Trotzdem bildeten sich gleich zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft zahlreiche illegale Gruppen, die vorwiegend aus Angehörigen des Reichsbanners und der sozialistischen Jugend bestanden. Sie befaßten sich in der Hauptsache mit der Verbreitung illegaler Schriften. Diese Organisationen wurden, vor allem in Nordbayern, bereits in den Jahren 1934 und 1935 von der Gestapo entdeckt, ihre Mitglieder verhaftet und abgeurteilt.

Bald darauf entstanden neue Gruppen, die nun andere Organisationsformen entwickelten. Hermann Frieb in München und Bebo Wagner in Augsburg waren die führenden Köpfe dieser illegalen sozialdemokratischen Organisationen. Sie waren in kleinsten Gruppen organisiert und standen mit den sozialdemokratischen Grenzstützpunkten im Böhmerwald, in der Schweiz und in Frankreich in Verbindung. Der emigrierte Parteivorstand der SPD hatte Waldemar von Knoeringen mit der Leitung der illegalen SPD in Südbayern und später in ganz Bayern betraut. Das Ziel dieser politischen Arbeit war nun auf die demokratische Neuordnung Deutschlands nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft gerichtet.

Im Jahre 1937 gab es 13 illegale Kadergruppen der Sozialdemokratie in Bayern und Österreich. Während des Krieges hat die Gestapo von Salzburg aus in einer langwierigen Untersuchung die Organisation aufgerollt. Die Verhaftungen griffen nach München, Augsburg, Tirol, Wien, Prag, Budweis und Paris über. In fünf Prozessen wurden damals 200 Sozialdemokraten verurteilt. Es wurden mehr als 300 Jahre Zuchthaus verhängt und 15 Todesurteile ausgesprochen. Elf der Verurteilten wurden hingerichtet, zwanzig starben in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern.

Der Sozialdemokratischen Partei in Bayern, die am 9. November im Herkulessaal in München diese illegale Partei in einer Feierstunde würdigt, geht es nicht nur darum, der Opfer zu gedenken, die im Kampf gegen die Unfreiheit ihr Leben lassen mußten und die Überlebenden der illegalen Partei zu ehren - sie will sich ausdrücklich zum Geist des sozialdemokratischen Widerstands bekennen. Dieser Widerstand war durch die Bindung an eine 1933 bereits 70 Jahre für die Demokratie kämpfende Partei charakterisiert. Die illegale Partei hatte keine Posten und Titel zu vergeben. Sie war erfüllt von dem festen Willen nach Freiheit und Menschenwürde. Die SPD in Bayern will durch die Gedenkfeier am 9. November vor aller Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen, daß die moralische Substanz, die diese Menschen zum Widerstand befähigte, auch in der heutigen Zeit als Triebkraft ihres politischen Ringens betrachtet.

Gute Freunde in Japan

* Vier Tage war Bürgermeister Heinrich Albertz in Japan. Offizieller Anlaß: Das Gastspiel der Deutschen Oper Berlin. Der Bürgermeister führte politische Gespräche mit Direktoren des japanischen Außenministeriums und mit den Vertretern der demokratischen Parteien und Verbände des Landes. In einem Gespräch mit der "Berliner Stimme" berichtet Heinrich Albertz, wieviel Verständnis und Interesse für die Sorgen der Berliner er in Japan vorfand.

BS: Sie hatten politische Gespräche mit Vertretern des japanischen Außenministeriums und der drei demokratischen Parteien. Welchen Eindruck haben Sie von diesen Gesprächen gewonnen?

Antwort: Was das japanische Außenministerium anbelangt, kann ich nur wiederholen, daß ich glücklich wäre, wenn in den deutschen Ämtern soviel Kenntnis von deutschen und Berliner Fragen vorhanden wäre wie dort. Wir haben das Glück, daß an leitender Stelle dieses Ministeriums drei ehemalige Generalkonsule aus Berlin die Geschäfte leiten. So hatte ich den Herren nichts Neues zu berichten, sondern eine alte Freundschaft zu bestätigen und Erfahrungen auszutauschen, die sich insbesondere auf die Situation nach dem Abschluß des Atomteststoppabkommens bezogen.

Die Parteien waren auch wohlwollend interessiert, wobei wir ja davon ausgehen müssen, daß die größere sozialistische Partei in Japan in der tiefen Problematik eines "Ohnenich"-Standpunktes steckt wie etwa unsere Partei vor zehn Jahren.

BS: Wie wird in Japan die Bedeutung des Konflikts zwischen Moskau und Peking beurteilt?

Antwort: Dazu haben sich fast alle japanischen Politiker, die ich gesprochen habe, geäußert. Mit gewissen Abstufungen geht ihre Meinung dahin, daß der ideologische Streit zwischen den beiden kommunistischen Parteien nur vorgeschobene Argumente liefert, in Wirklichkeit handelt es sich um die Auseinandersetzung zwischen zwei Weltträchten, insbesondere um den Einfluß dieser beiden Länder in Asien und Afrika. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß für die Chinesen in stärkerem Maße die Russen als Rivalen gelten und sich nur auf eine makabre Weise zu wiederholen beginnen, was zwischen den ehemaligen westeuropäischen Kolonialmächten und den jetzt freien Völkern im wesentlichen ausgestanden ist. Die Japaner messen dem Konflikt eine entscheidende Bedeutung für die nächsten Jahrzehnte zu und sind in Sorge, daß wir an diesem Konflikt vorbeileben.

BS: Wir haben in Berlin schon vieles über die "Japanische Gesellschaft zum Studium des Berlin-Problems" gehört. Sie sind mit den Mitgliedern dieser Gesellschaft zusammengetroffen. Welchen Eindruck hatten Sie von dieser Tätigkeit?

Antwort: Die Sache ist ganz außergewöhnlich, und ich kann nur sagen: Wenn wir bei uns ein bißchen mehr von solchen Gruppen hätten, sähe es um die Sache des ganzen Deutschlands ein wenig besser aus.

Zu dem Gespräch mit mir waren etwa 60 Persönlichkeiten auf eigene Kosten aus ganz Japan nach Tokio gekommen. Sie zeigten eine bis ins einzelne gehende Kenntnis der Berliner Situation und waren insbesondere an der menschlichen Seite unseres Problems interessiert. Dadurch, daß die Mitglieder dieser Vereinigung den größten gesellschaftlichen Gruppen angehören - Gewerkschaften, Frauenverbände, Studentenverbände, Schülerorganisationen usw. -, haben sie über ihre Zahl hinaus großen Einfluß auf die öffentliche Meinung in Japan.

Ungewissheit

Von unseren Korrespondenten in Rom, Franca Zagnani

Unmittelbar nach der mit größter Spannung erwarteten Eröffnungsrede des 72-jährigen Parteisekretärs Pietro Nenni, schien das für Italien historische Ereignis einer Zusammenarbeit zwischen politischem Katholizismus und Sozialisten, auf Regierungsebene, eine durchaus mögliche Sache zu sein. Pietro Nenni hatte es verstanden, die Mehrheit seiner Partei (58 Prozent) davon zu überzeugen, daß ein Verharren der Sozialisten in der Opposition unter den heutigen Umständen ein gefährliches politisches Kräftespiel ergeben könne. In den letzten Jahren hat Nenni immer wieder auf jenen schicksalhaften Beschluß der Sozialisten im Jahre 1919 zurückgegriffen, als diese eine Zusammenarbeit mit den katholischen Kräften ablehnten. Einige Jahre darauf erfolgte der Marsch auf Rom. Zeit seines Lebens fragte sich Nenni, ob nicht eine Zusammenarbeit mit der damaligen "partito popolare" (heute Democrazia Cristiana) diese politische Katastrophe hätte verhindern können.

Seit über einen Jahr hatte der linke Flügel der Sozialisten seine Haltung zur Regierungsbeteiligung mit der Democrazia Cristiana revidiert. Er widersetzte sich nicht mehr prinzipiell dieser Möglichkeit, sondern beschränkte sich darauf, besondere Bedingungen zu stellen; es sind Bedingungen, die im allgemeinen darauf hinausgehen, die "Einheit der Arbeiterklasse" zu bewahren, d.h. die Beziehungen zu der stärksten italienischen Arbeiterpartei, der KPI, nicht abbrechen zu lassen.

Lombardis Thesen

Die eigentliche Überraschung des 35. Parteitages bildete Lombardi, oder besser gesagt die Tatsache, daß er und seine Anhänger ihre Thesen in aller Offenheit dem Parteitag vorlegten, die Nenni zwingen, seine Ausgangsstellung zu verändern, um den autonomistischen Mehrheitsflügel nicht in eine neue Krise zu stürzen und jegliches zukünftige Gespräch um das linke Zentrum unmöglich zu machen.

Riccardo Lombardi steht seit 1945 auf der politischen Bühne Italiens. Der heute 62-jährige sizilianische Wirtschaftsexperte der PSI ist ein alter Antifaschist und saß lange Zeit in Gefängnissen. Nach 1945 wurde er ein angesehener Führer des norditalienischen Freiheitskampfes. Er war es, der im April 1945 im Namen des nationalen Befreiungskomitees die Verhandlungen zur Übergabe der Reste der faschistischen Armee in Anwesenheit Kardinal Schusters und Mussolinis führte. Als prominentes Mitglied der Aktionspartei war Lombardi in den ersten Koalitionsregierungen Transportminister. Heute gilt Lombardi als einer der besten Kenner wirtschaftlicher Fragen.

Obwohl Lombardi sich stets zum autonomistischen Flügel bekannt hat, unterscheidet sich seine Stellung nicht unwesentlich von derjenigen Nennis. Um das linke Zentrum zu ermöglichen, hat Nenni sich zu folgenden politischen Programmpunkten bekannt: schwacher Widerstand gegen die multilaterale Atombewaffnung; Zurücksetzung des so viel umstrittenen "sozialistischen Neutralismus" an die zweite Stelle; d.h. Nenni sieht den Neutralismus mehr als idealistische denn als politische Zielsetzung, die heute kaum reale Chancen hat, in absehbarer Zeit verwirklicht werden zu können. Lombardi dagegen lehnt die multilaterale Atombewaffnung ab und widersetzt sich entschieden besonders der direkter oder indirekter Atombewaffnung Deutschlands.

Für die Beziehungen zu den Kommunisten vertritt Nenni die Ansicht, daß das linke Zentrum auf der Tatsache beruht, daß heute eine Beteiligung der Kommunisten an einer demokratischen Regierung unmöglich ist. Lombardi erklärt ebenfalls, daß es heute nicht möglich sei, mit der KPI in einer Regierung zusammenzuarbeiten. Er unterstreicht aber die Evolution der KPI seit dem XX Kongreß der KPdSU und meint, wenn die Kommunisten im Parlament zugunsten bestimmter von linken Zentrum vorgeschlagener Gesetze stimmen sollten, sich das durchaus nicht negativ für das linke Zentrum auswirken müsse.

Die Zweifel über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung des centro sinistra bestehen heute auf Grund der Thesen Lombardis, nicht derjenigen Nennis. Lombardi nimmt im heutigen Zentralkomitee der PSI eine Schlüsselposition ein; von ihm hängt zum großen Teil die Zukunft des linken Zentrums ab.

Obwohl eine Regierungsbildung heute alles andere als leicht erscheint, kann es sich die DC kaum leisten, diesen Versuch mit den Sozialisten nicht zu unternehmen; sie hat sich in dieser Richtung allzu sehr vor der Öffentlichkeit kompromittiert. Die beiden Hauptpartner - DC und PSI - sind heute im Innern ihrer Parteien in zwei Teile gespalten; beide haben eine starke innere Opposition, Nenni in seinem linken Flügel und z.T. in Lombardi; Moro in seinem rechten Flügel. Aber beide scheinen sich bewußt zu sein, daß die heutige politische Lage des Landes ein gemeinsames Gespräch geradezu herausfordert.

Im Falle des Scheiterns...

Die ausländischen Beobachter mögen sich über die in Westeuropa einzig dastehende Stellung der Sozialisten wundern. Dazu ist zu sagen, daß die italienische KPI nicht nur zahlenmäßig besonders stark ist, sondern daß sie auch gründlich; die mit dem XX Parteitag der KPdSU begonnene antistalinistische Revision vertiefte. Die kommunistenfreundliche Politik, welche die Sozialisten in Italien jahrelang verfolgt haben und die 1947 zur Spaltung der Partei führte, hat dazu beigetragen, Gruppen von jungen Sozialisten heranzubilden, die sich in den wesentlichen Fragen heute kaum von jungen Kommunisten unterscheiden. Es ist dies vielleicht der teuerste Preis, den die Sozialisten heute für ihre kryptokommunistische Politik jener Jahre zu bezahlen haben.

Die Stellung der Kirche wird nicht unbedeutend sein bei den am 15. November beginnenden Verhandlungen. Noch lehnt der Vatikan weiterhin jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab, aber der letzte Hirtenbrief scheint die Möglichkeit zukünftiger Beziehungen der DC und PSI offen zu lassen, unter der Bedingung, daß gleichzeitig eine Kampagne gegen den Atheismus und gegen jegliche Verneinung der Religion geführt werde. Die katholische Kirche scheint also nicht von vornherein eine Frontal-Opposition gegen das linke Zentrum zu beziehen, aber diesen ganz bestimmte, auf der katholischen Doktrin beruhende Grenzen setzen zu wollen.

Nenni scheint sich am meisten der Tragweite eines Scheiterns des linken Zentrums bewußt zu sein. Die Alternative dazu wäre zwar nicht ein neuer Faschismus, doch wird niemand leugnen wollen, daß durch ein Nichtzustandekommen des linken Zentrums ein äußerst kritisches politisches Vakuum in der italienischen Demokratie entstehen könnte. Lombardi hat mit der Aufstellung seiner Thesen wohl zur Einheit seiner Partei beigetragen, aber gleichzeitig trägt er die Verantwortung für die Versteifung der christlich-demokratischen Stellung gegenüber den Sozialisten und für die neuen Hindernisse, die auf dem Wege zur Öffnung nach links errichtet worden sind.